

Slowenien und Kroatien machen sich selbständig

Teuer bezahlte Unabhängigkeit

Am Mittwoch, den 26. Juni, erklärten die beiden jugoslawischen Teilrepubliken Slowenien und Kroatien formell ihre nationale Unabhängigkeit vom Zentralstaat. Mit dem militärischen Vorgehen gegen diesen Schritt spitzte sich ein von der serbischen Führung um Slobodan Milosevic vor Jahren angestachelter nationaler Konflikt weiter zu. Roland Brunner weilte während den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten und dem anschliessenden Krieg in Ljubljana.

Schwer verständlich ist die ganze Geschichte selbst für JugoslawInnen. Hier kamen – im Gegensatz zu den sowjetischen Satellitenstaaten – die KommunistInnen nach dem Zweiten Weltkrieg eigenständig an die Macht: Gegen die deutsche Besetzung und gegen die kroatischen Faschisten und die serbischen Monarchisten setzte sich Titos Partisanenarmee durch und gründete das Nachkriegs-Jugoslawien. Als Tito 1948 mit der Sowjetunion brach, stieg das Prestige der Kommunisten gar noch weiter.

Titos Jugoslawien in der Krise

Entgegen der jugoslawischen Modellvorstellung der Selbstverwaltung erfolgte jedoch schnell auch hier die Durchsetzung der Führungsrolle einer disziplinierten Partei und einer zentralen Armee. Auch in Jugoslawien führte die verfassungsmässige Festsetzung der Vorherrschaft des «Bundes der Kommunisten» zu einem System der Korruption und des Karrierismus und zur Bildung nationaler Seilschaften. Mitte der 60er Jahre kam es dadurch zu ersten grossen Krisen in der Wirtschaft und zu breiten Protestwellen, auf die Tito mit einer Liberalisierung der Wirtschaft und einer

Dezentralisierung des Staates antwortete. Die Spannung zwischen Staat und Selbstverwaltung, zwischen Zentralregierung und den Regierungen der Teilrepubliken führte zwischen 1968 und 1971 zu einem ersten Ausbruch nationaler und sozialer Spannungen. Jugoslawien wurde in eine Konföderation umgewandelt, wodurch die Kluft zwischen den reichen Teilrepubliken des Nordens (Slowenien und Kroatien) und dem rückständigeren südlichen Teil (z.B. das autonome Gebiet Kosovo) sich rapide erweiterte. Die sich allgemein verschärfende Wirtschaftslage gab denn auch den Hintergrund ab für die sich immer weiter radikalisierten nationalen Bewegungen.

Vom Kommunismus zum chauvinistischen Nationalismus

Ganz Jugoslawien rutschte während der 80er Jahre in eine tiefe Rezession ab – verbunden mit einer galoppierenden Inflation. Die Arbeitslosigkeit explodierte auf 18,8 Prozent im Landesdurchschnitt (Ende Februar 1991), die Aussenverschuldung stieg auf 15 Milliarden Dollar (Mai 1991). 1987 übernimmt Slobodan Milosevic die Führung des serbischen Bundes der Kommunisten, bricht jedoch vollständig mit der Orientierung Titos. Zentrale Achse seines Handelns wird der serbische Nationalismus und Populismus: Serbien soll seine Souveränität wiederherstellen, die es bei der Gründung der Konföderation gleichberechtigter Staaten verloren habe, und die Kontrolle über die autonomen Gebiete Kosovo und Vojvodina wieder übernehmen.

Milosevic schürt mangels eines Programmes zur Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Krise bewusst die Idee der Vereinigung aller SerbInnen in einem Staat. Dieses Projekt «Gross-

Serbien» würde die Auflösung der anderen Republiken verlangen, leben doch sowohl in Bosnien-Herzegowina (30%) und in Kroatien (12%) grössere Bevölkerungsteile serbischer Nationalität. Milosevic schloss für dieses Projekt einen ideologisch-politischen Kompromiss zwischen dem konservativsten Flügel in der Partei und den rechts-konservativen bürgerlichen und romantisch-nationalistischen Intellektuellen Serbiens – einschliesslich der orthodoxen Kirche. So entstand eine jugoslawisch-serbische Mischung aus real-sozialistischer Politik und chauvinistischer Ideologie.

Zerfall des Zentralstaates

Anfang des letzten Jahres führte diese Politik zum Auseinanderbrechen des jugoslawischen Staates. Wegen unüberbrückbaren internen Spannungen wurde der Bund der Kommunisten aufgelöst und in den Teilrepubliken kam es zu freien Wahlen. Vor allem rechtskonservative und rechtsnationalistische Kreise profitierten davon in Slowenien und Kroatien, wo die serbische Grossmachtpolitik als Bedrohung für das eigene Überleben verkauft werden konnte. In beiden Republiken kam es zu einer national-konservativen Mehrheit, während in Mazedonien Reformkommunisten und Sozialdemokraten eine regierungsunfähige parlamentarische Mehrheit bewahren konnten. In Bosnien-Herzegowina sind die drei nationalen Bewegungen der dort lebenden Nationalitäten zum Regieren aufeinander angewiesen, während es in Montenegro und Serbien zu national-kommunistischen Mehrheiten kam.

Die Zentralregierung von Premierminister Ante Markovic und seinem Bund reformistischer Kräfte sieht sich heute also mit einer Wirtschaftskrise und Teilrepubliken konfrontiert, die den Erhalt des ju-

Kurzinterview mit Marko Hren vom Friedensinstitut in Ljubljana

«Wichtig ist die Qualität»

Marko Hren, werden Kroatien und Slowenien am 26. Juni unabhängig?

Marko Hren: Am Mittwoch wird der slowenische Staat unabhängig. Das wichtige ist aber die Unabhängigkeit der Menschen, und die slowenischen Menschen wollen unabhängig sein. So wurde auch die ganze Unabhängigkeits-Kampagne aufgezogen. Die Abhängigkeit Sloweniens wird aber am 26. Juni nicht verschwinden. Slowenien wird immer noch ein Teil Jugoslawiens sein. Wir werden immer noch jugoslawisches Militär hier haben usw.

Für mich persönlich ist die Frage nach der Unabhängigkeit des Staates, wie gross oder klein er ist, wie integriert er ist, nicht das entscheidende. Wichtiger ist mir die Qualität der Integration und die Qualität der staatlichen Strukturen. Ich befürchte, dass der jetzige Prozess der slowenischen Nation begleitet wird von Motivationen wie die Abschottung vom Süden, d.h. von den armen Teilen.

Das bedeutet zum Teil auch rassistische, vor allem aber egoistische und kurzfristige Argumentationen und Motivationen. Das könnte die Kluft zwischen Slowenien und den anderen Republiken noch vertiefen und damit die Gefahr der Militarisie-

rung noch weiter treiben und den Frieden infrage stellen.

Wie würdest du die Stimmung in der Bevölkerung einschätzen?

Die Leute sind heute viel realistischer eingestellt als noch vor einem halben Jahr. In den letzten Monaten hat die Politik der slowenischen Regierung die Leute ernüchtert. Die wirtschaftliche Situation ging bachab, die Streiks nehmen zu usw. Die Menschen fühlen, dass die Unabhängigkeit teuer erkaufte werden muss und dass Slowenien trotzdem weiterhin abhängig sein wird - vor allem auch, weil keine Unterstützung von der internationalen Gemeinschaft kommt. Die Regierung war nicht fähig, notwendige Schritte zu unternehmen um die Unabhängigkeit auch mit Inhalt zu füllen. Persönlich will ich nicht urteilen darüber, ob Slowenien unabhängig sein soll oder nicht. Wenn die Mehrheit für die Unabhängigkeit gestimmt hat, dann muss diese realisiert werden - und das muss die Aufgabe der Regierung sein mit so wenig nachteiligen Folgen als möglich. Die Regierung wurde aber von Wunschträumen geleitet und hat die Prozesshaftigkeit dieser Unabhängigkeit nicht in Rechnung gestellt. Die Unabhän-

gigkeit wurde zu schnell durchgezogen und mit zu vielen einseitigen Massnahmen realisiert. Die Regierung sollte mehr an der Qualität der Unabhängigkeit arbeiten als an Erklärungen.

Nehmen wenigstens die Konfliktpotentiale ab, wenn Slowenien seinen eigenen Weg geht?

Wir wissen ja noch nicht einmal, welche Form der neue Staat im Balkan haben wird. Wir können heute aber auf jeden Fall nicht mehr über lokale Konflikte sprechen. Wenn Konflikte gewaltsam ausgetragen werden, nehmen sie sofort internationale Dimensionen an. Und der Balkan steht schon heute mitten in bewaffneten Konflikten. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass hier die Konfliktpotentiale abnehmen werden. Die Aufsplitterung von Staaten löst diese Probleme nicht. Im Gegenteil: Die Konflikte z.B. der AlbanerInnen in Serbien werden nur noch zunehmen, wenn sie mit ihren Problemen alleingelassen werden. Das führt zu einer Atmosphäre der Angst und einer Militarisierung der Gesellschaft, die die Krise immer weiter reproduzieren. Slowenien wird in diese Probleme verwickelt bleiben.

goslawischen Staates hintertreiben. Sein Projekt, unterstützt von den USA, der EG und dem IWF, sollte ein drittes Jugoslawien, ein föderalistisches Staatensystem bringen. Doch die Führungen von Slowenien und Kroatien haben die Unabhängigkeit forciert und wollen höchstens eine Konföderation souveräner Einzelstaaten akzeptieren.

Sloweniens abhängige Unabhängigkeit

Slowenien, nördlichste Teilrepublik Jugoslawiens, ist bei weitem der wohlhabendste Teil des Landes - trotz scharfer Rezession und steigender Arbeitslosigkeit. Mit 1,9 Millionen EinwohnerInnen auf 20'000km² stellt sie zwar nur 9% der jugoslawischen Bevölkerung, erarbeitet damit jedoch 18% des Sozialproduktes und 20% der Industrieproduktion (1989). Das Durchschnittseinkommen liegt doppelt so hoch wie der jugoslawische Durchschnitt und beinahe 8mal höher als in Kosovo. Die Wirtschaftskrise von 1990, eine Inflation von fast 1300 Prozent und der Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 8% förderten auch hier den Glauben an den Separat-Weg nach Europa.

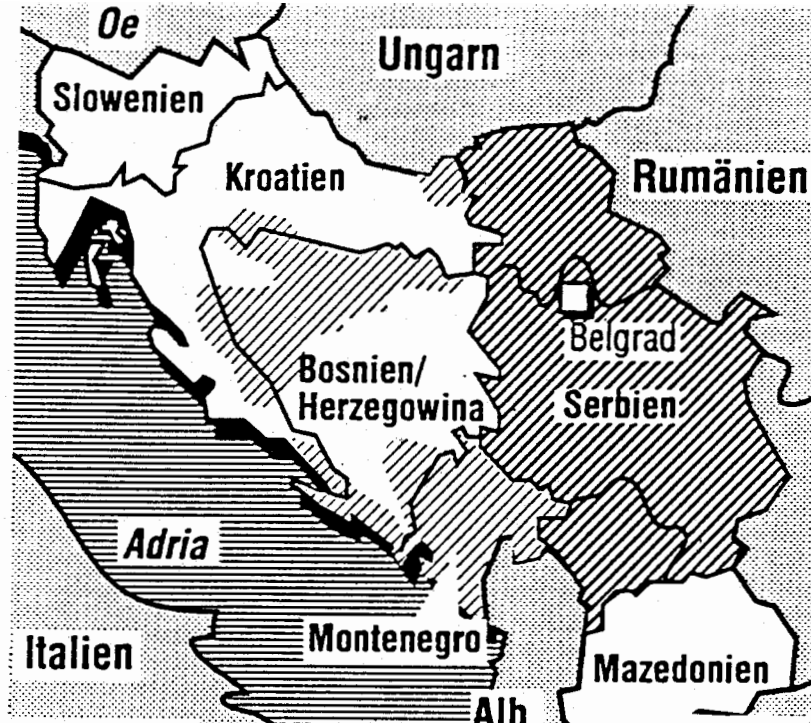
Seit 1989 verfolgt denn die slowenische Führung auch konsequent den Weg Richtung Eigenständigkeit. Der Wahlsieg der gegen die Kommunisten gerichteten Mehrparteien-Koalition Demos im April 1990, die Unabhängigkeitserklärung vom Juli 90 und die Verfassungsbestimmung vom September, nach der die Gesetze der Republik vor denen des Föderalstaates kommen, sind Schritte auf diesem Weg. In einer Volksbefragung letzten Dezember erklärten sich 88% der Abstimmenden (bei einer Stimmbeteiligung von 93%) für die Unabhängigkeit. Mit einer Resolution zielte der Präsident Sloweniens, Milan Kucan, dann am 20. Februar direkt auf die Auflösung des jugoslawischen Zentralstaates. Gleichzeitig erklärt aber Stane Stanic, damals slowenischer Informationsminister und in den 50er Jahren als Journalist mehrere Monate wegen Spionage inhaftiert: «Slowenien ist ein souveräner Staat. Ob es aber in Zukunft einer Konföderation zugehört wird, wissen wir jetzt noch nicht.» Im Mai dieses Jahres wurde er durch den Vize-Minister für Verteidigung ersetzt...

Die wirtschaftlichen Prognosen für ein unabhängiges Slowenien sehen auch für die Zeit nach dem 26. Juni nicht rosiger

aus: Nach wie vor wird ein Viertel der slowenischen Produktion an die anderen Teilrepubliken verkauft und Slowenien wird bei der Unabhängigkeit wohl einen grossen Happen an der gesamtjugoslawischen Aussenhandelschuld übernehmen müssen. Absolut ungeklärt ist auch die Frage, was überhaupt wem gehört. Nach 45 Jahren nationalisierter Staatswirtschaft wahrlich keine leicht zu beantwortende Frage. *Joze Mencinger*, Wirtschaftsprofessor an der Universität Ljubljana, befürchtet denn auch einen Einbruch des Lebensstandards um 30 bis 40 Prozent nach der Unabhängigkeit. Der slowenische Ökonom *Alexander Bajt* erklärte gar: «Wer an die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit Sloweniens glaubt, lebt in einem Paradies von Verrückten!»

Nüchterne Erwartungen

Während vorher die Friedensbewegung in Slowenien auf sehr grosses Echo stiess, da sie zur Verweigerung der jugoslawischen Armee aufrief, fällt ihr dies heute gegenüber der «eigenen» slowenischen Armee bedeutend schwerer, geniesst diese doch ein um einiges grösseres



res Prestige. Aber die Tatsache, jetzt in eine slowenische Armee einrücken zu müssen, eigenes Geld und einen eigenen Pass zu bekommen, eigene Grenzen zu haben, die man mit der eigenen Armee verteidigen kann, stellt auch nicht gerade die grosse Utopie für die slowenische Bevölkerung dar.

Kein Wunder also, dass die nationale Euphorie in den Strassen Ljubljanas keine hohen Wellen schlug. Aussagen, wonach mit der Unabhängigkeit alles besser werde, waren selten. Eigentlich finden die meisten Menschen, dass es endlich Zeit sei für die Unabhängigkeit, aber was die konkreten Perspektiven betrifft, ist wenig Hoffnung zu spüren. Einzelne Stimmen warnen gar, dass damit alles noch schlimmer werde, da Slowenien viel zu klein sei, eigenständig zu überleben. Mehrheitlich sind die nüchternen Kommentare auf die Frage, was die Unabhängigkeit Slowenien bringen werde: *«Die Unabhängigkeit ist zu teuer. Wir bezahlen zu viel für eine Unabhängigkeit, die keine Probleme lösen wird.»* Auch wenn die slowenische Regierung für den 26. Juni Unabhängigkeitsfeiern verordnet hatte, war drei Tage vorher auf den Strassen keine Feststimmung zu spüren.

Militärische Eskalation

Schon am Mittwoch, dem offiziellen Unabhängigkeitstag, kam es zu ersten militärischen Machtdemonstrationen seitens der jugoslawischen Armee. Jugoslawische Kampfflugzeuge setzten im Tiefflug über Ljubljana hinweg und auf Weisung aus Belgrad wurden alle slowenischen Flughäfen um 13.30. Uhr geschlossen. Während der Unabhängigkeits-Feierlichkeiten, die am Mittwoch Abend von Tausenden von Leuten vor dem slowenischen Parlament verfolgt wurden, spitzte sich die Situation weiter

zu: Während es an der Grenze zu Handgemengen kam, als Slowenen die jugoslawischen Grenzschilder durch slowenische ersetzen wollten, gab es in Kroatien mindestens sieben Tote bei Auseinandersetzungen zwischen Kroaten und minderheitlichen Serben.

Um 2.45 Uhr setzten sich dann in Slowenien 40 jugoslawische Panzer des 1. und 2. Bataillons von Vrhnika aus Richtung Ljubljana in Bewegung. Einheiten der slowenischen Armee versuchten, sie mit gewaltfreien Mitteln am Vormarsch zu hindern. In einem Telegramm des Befehlshabers der 5. jugoslawischen Armeedivision, General Kolsek, an den slowenischen Regierungspräsidenten Lojze Peterle vom Donnerstag morgen wird mitgeteilt, die 5. Armeedivision habe *«den Befehl, alle Grenzübergänge zu besetzen und die Staatsgrenze der Sozialistischen Volksrepublik Jugoslawien zu sichern»*. Weiter heisst es in diesem Telegramm: *«Der Befehl wird bedingungslos ausgeführt. Wir werden nach den Regeln des Kampfes vorgehen. Jeder Widerstand wird gebrochen. Die volle Verantwortung tragen diejenigen, die den Befehl zum Widerstand geben und die ihn befolgen.»* Aus Flugzeugen wurden zudem Flugblätter mit dem gleichen Inhalt über Slowenien abgeworfen.

Donnerstag nacht um 22 Uhr trat der slowenische Verteidigungsminister Janos Jansa erstmals in Uniform vor die laufenden Kameras und erklärte: *«Es herrscht Krieg!»* Überall im Land setzten jugoslawische Helikopter Soldaten ab und vor allem die Grenzposten zu Österreich wurden hart umkämpft.

Die slowenische Regierung erliess darauf einen Aufruf, mit dem sie alle slowenischen Soldaten, die noch in der jugoslawischen Armee eingezogen sind, zur

Desertion aufforderte. Sie bezeichnete die Militäraktion als *«Akt der Aggression und der Okkupation eines souveränen Staates»*. Die slowenische Bevölkerung wurde aufgefordert, mit passivem Widerstand zu antworten, ohne Menschenleben zu gefährden. Gegebenenfalls seien Grenzposten auch aufzugeben, um Verluste zu vermeiden. Bis zum 1. Juli haben laut offiziellen Angaben über 780 Angehörige der jugoslawischen Armee ihre Einheiten verlassen und sind zu den nationalen Einheiten Sloweniens und Kroatiens übergelaufen. Weitere 1700 Soldaten seien gefangen genommen worden, darunter auch 169 Offiziere.

Kroatiens schwerer Weg

Im Gegensatz zu Slowenien ist Kroatien kein ethisch homogenes Gebilde. Im Grenzgebiet zu Serbien leben grössere serbische Bevölkerungsminderheiten: 600'000 Serben in der Krajina, dem bergigen Land gleich hinter der südlichen Küste, und 22 Prozent serbische Bevölkerung im östlichen Kroatien. Sie befürchten mit der kroatischen Unabhängigkeit die Rückkehr der faschistischen Usta aus dem Zweiten Weltkrieg. Im kroatischen Glina begann 1941 das Massaker gegen Serben, als Hitlers kroatische Verbündete mehrere hundert orthodoxe Serben in die dortige Kirche trieben und sie dort abschlachteten. Tatsächlich haben fehlende Sensibilitäten seitens Kroatiens und eine unter Tito nicht aufgearbeitete Vergangenheit den Nationalismus auf beiden Seiten explodieren lassen. Dieser Rekurs auf die Zeit des Faschismus erklärt auch die auf beiden Seiten begangenen Greuelthaten im serbisch-kroatischen Grenzgebiet.

Die Demokratische Union Kroatiens gewann mit ihrem Präsidenten *Franjo Tudjman* die letzten Wahlen mit 42 Prozent der Stimmen, was ihr aber dank des kroatischen Wahlrechts zwei Drittel der Parlamentssitze einbrachte. Die serbische Minderheit wählte damals noch mehrheitlich kommunistisch. Erst nach dem Wahlsieg der DUK gewannen die militanten Nationalisten Zulauf.

Obwohl Slowenien reicher ist als Kroatien, kann Jugoslawien Slowenien opfern. Der Verlust Kroatiens würde Serbien jedoch um seinen Zugang zum Mittelmeer sowie den ganzen (dieses Jahr völlig zusammengebrochenen) Tourismus bringen. Hier steht auch die ganze Schiffbauindustrie, die immerhin auf Platz 5 der Weltrangliste steht, und auch ein Viertel des in Jugoslawien verbrauchten Erdöls wird im östlichen Teil Kroatiens – nahe dem heute hart umkämpften Grenzgebiet Slawonien also – gefördert. Geschickt wird deshalb jetzt versucht, die Front der Unabhängigen zu spalten. Unter dem Vorwand, die serbische Minderheit in Kroatien zu schützen, wird Slowenien pazifiziert und die Truppen nach Kroatien gebracht. Hier übernehmen sie offiziell eine neutrale Rolle zwischen den kroatischen Nationalisten und der serbischen Minderheit. In Wirklichkeit stellt sich die Armee klar auf die Seiten der Serben, organisiert ihnen Versorgung mit Munition und Lebensmitteln und greift auch ab und zu ein, wenn serbische Einheiten gar zu bedroht sind.

Wer kontrolliert die Armee?

Nach der Wahlniederlage der Kommunisten im April 1990 überall ausser in Serbien und Montenegro, schloss die Armee einen Pakt mit Milosevic. Die hohen Militärs sehen die einzige Garantie für ihre eigenen Privilegien in einer serbischen,

kommunistischen Regierung und damit im Zusammenhalt des jugoslawischen Nationalstaates. Das Offizierskader, grossmehrheitlich serbisch, vollzog einen 180-Grad-Schwenker: Während zuvor das kommunistische Projekt darauf abzielte, die jugoslawische Einheit zu erhalten, indem die serbische Macht begrenzt wurde, erscheint ihnen heute Serbien als einziger Garant für ihr eigenes Überleben.

Als am 1. Juli durch den internationalen Druck Serbien seinen Boykott gegen die Wahl des Kroaten Stipe Mesic zum jugoslawischen Staatsoberhaupt aufgeben musste, erhielt mit ihm auch die jugoslawische Armee formell einen neuen Oberbefehlshaber. Während dieser jedoch am 2. Juli in Ljubljana verhandelte, erklärte Generalstabschef Blagoje Adzic, ein Serbe, im Belgrader Fernsehen Slowenien erneut den Krieg. Die Armee werde, so drohte er, die «Sache zu Ende führen» und – im Einklang mit der Verfassung und den Beschlüssen der Regierung – den Auftrag erfüllen, die Kontrolle über die slowenischen Grenzübergänge zu übernehmen.

Internationale Reaktionen

Mühe bekundete Sloweniens und Kroatiens Unabhängigkeit aber auch auf dem internationalen Parkett: Bei seinem Jugoslawienbesuch betonte der US-amerikanische Staatssekretär *James Baker* gegenüber dem jugoslawischen Premier Ante Markovics: *«Ich bin hierher gekommen, um zu diskutieren und um einmal mehr die amerikanische Position festzuhalten, die die vollständige Respektierung der Menschenrechte, der Demokratie, der Einheit und der territorialen Integrität Jugoslawiens beinhaltet.»* Angesprochen darauf, ob die USA Slowenien diplomatisch anerken-

nen würden, antwortete er klar und deutlich: *«Nein, wir sind gegen jegliche einseitige Aktion. Die Europäische Gemeinschaft sowie Vertreter der umliegenden Staaten teilten diese Meinung, als ich gestern mit ihnen sprach. Wir sind alle gegen einseitige Entscheidungen, die eine friedliche, demokratische Lösung der gegenwärtigen jugoslawischen Krise infrage stellen und die eine Kettenreaktion in Europa provozieren.»*

Das Friedenszentrum in Ljubljana verurteilte die Militäraktionen als «Resultat der militärischen Logik», fordert zu gewaltfreiem Widerstand und zu Verhandlungen unter UNO-Aufsicht auf. Die internationale Staatengemeinschaft wird in einer Presseerklärung verurteilt, da sie den fatalen Fehler begangen habe, den jugoslawischen Staat zu unterstützen und die Schritte Richtung Unabhängigkeit nicht anzuerkennen. Mit einer Finanzhilfe von 800 Millionen ECU an Jugoslawien und einer Vielzahl von Einheitsappellen und Erklärungen, die «einseitigen» Unabhängigkeitserklärungen nicht anzuerkennen, haben die EG und die USA die jugoslawische Zentralregierung wohl erst zu ihrem militärischen Vorgehen ermutigt. Jugoslawien braucht keine Armee, aber diese Armee braucht für ihr Überleben Jugoslawien.

Erst nach längerem Zögern kam der KSZE-Dringlichkeitsbeschluss zur Anwendung und startete die Reisediplomatie westlicher Regierungsgrössen. Zu gross sind die berechtigten Befürchtungen der westlichen Regierungen, die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens könnte negative Folgen für die eigene Innenpolitik haben: Was den Jugoslawen ihr Kroatien, ist den Franzosen ihr Korsika, den Spaniern ihr Baskenland, den Briten ihr Nordirland, den USA..., der UdSSR..., den Italienern..., den Belgiern...